

## Medienmitteilung *foraus* – Forum Aussenpolitik, 11. Juli 2012

*foraus* – Forum Aussenpolitik publiziert heute sein insgesamt 12. Diskussionspapier. Es widmet sich der Migrations–Aussenpolitik und diskutiert insbesondere, ob wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ein geeignetes Mittel sei, um Zuwanderung von Personen aus Drittstaaten zu reduzieren. Dieses Thema aufzugreifen wurde notwendig, weil es vielen Politikern/innen offenbar geradezu als Binsenwahrheit erscheint, dass Zuwanderung abnimmt, wenn in einem Herkunftsstaat ein wirtschaftlicher Aufschwung stattfindet. Daher wird immer wieder gefordert, Entwicklungszusammenarbeit gezielt zur Migrationsverhinderung einzusetzen.

Demgegenüber geht die Migrationsforschung praktisch einhellig davon aus, dass ein solcher Zusammenhang zwischen Entwicklung und Migration nicht nachgewiesen werden kann und dass wirtschaftliche Entwicklung den Betroffenen zusätzliche Optionen eröffnet. Oft bestehen diese zusätzlichen Optionen darin, dass Auswanderung erst finanzierbar wird und daher zunimmt. Dieses in den Migrationswissenschaften als „Migrationsbuckel“ bekannte Phänomen hat in der politischen Debatte über Migration keinen Stellenwert, obwohl es von grosser Relevanz für den künftigen Umgang mit Zuwanderung ist.

Die Bundesverwaltung scheint sich von der häufig geäusserten Erwartung, dass sich durch Entwicklung die Zuwanderung reduzieren lasse, vor allem kommunikative Vorteile zu versprechen, ohne selber recht daran zu glauben.

Das ist einerseits problematisch, weil dadurch falsche Hoffnungen in eine baldige Abnahme der Zuwanderung aus Drittstaaten und übertriebene Erwartungen an die Steuerungsfähigkeit der Migration geweckt werden. Andererseits besteht das Risiko, dass Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit nicht dort zum Einsatz kommen, wo das grösste Potential für Entwicklung geortet wird, sondern dort, wo die meisten Zuwanderer herkommen. Insgesamt besteht die Gefahr, durch das Paradigma „Mehr Hilfe vor Ort statt Zuwanderung“, gleichzeitig naive Migrations– und schlechte Entwicklungspolitik zu betreiben.

Wirtschaftlicher Aufschwung in Entwicklungs– und Schwellenländern setzt aber unabhängig davon ein, ob Entwicklungszusammenarbeit geleistet wird oder nicht. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hat einen viel zu geringen Einfluss, um wirtschaftliche Makro–Vorgänge auslösen zu können. Aus den Ergebnissen des Diskussionspapiers darf daher keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass die Schweiz ihre EZA kürzen müsse, um weitere Zuwanderung zu verhindern. Das Papier vertritt lediglich den Standpunkt, dass Entwicklungszusammenarbeit zur Reduktion extremer Armut eingesetzt werden sollte und nicht zur Verhinderung von Zuwanderung zweckentfremdet werden darf.

Die Analyse der Schweizer Debatte über Migration aus Drittstaaten ergibt, dass praktisch alle Vertreter der Bundesratsparteien davon ausgehen, Zuwanderung aus Drittstaaten sei ein Problem oder Folge von tieferliegenden Problemen und müsse daher auf die eine oder andere Art „gelöst“ werden.

Nebst dem Paradigma „Entwicklung statt Zuwanderung“ ist auch die Idee populär, Zuwanderung könne durch repressive Massnahmen soweit „unattraktiv“ gemacht werden, dass sie dauerhaft zurückgehe. Das Diskussionspapier enthält daher auch eine Einschätzung der effektiven Steuerungswirkung von Repression in Bezug auf

Zuwanderung aus Drittstaaten. Die Analyse kommt zum Schluss, dass repressive Massnahmen in ihrer Wirkung systematisch hinter den von der Politik gesetzten Zielen zurück bleiben, dass sie massive Nebeneffekte haben, die kaum thematisiert werden und dass sie ihre Wirkung rasch verlieren. Die künstliche Verteuerung der Migration, die durch repressive Massnahmen entsteht, verschiebt den Migrationsbuckel lediglich auf einen späteren Zeitpunkt.

Das Diskussionspapier gelangt daher zu den folgenden Empfehlungen an die Entscheidungsträger der Schweizer Migrationspolitik:

- Das Szenario einer weiteren Zunahme der Migration sollte akzeptiert werden und die Grundlage für die Schweizer Migrationsaussenpolitik bilden.
- Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sollte sich auf ihr eigentliches Ziel – die Armutsverminderung – konzentrieren. Mit der Ausrichtung auf das Ziel der Migrationsverminderung und der damit verbundenen Auswahl von Länder und Projekte nach zweckfremden Kriterien, riskiert sie ihre Wirksamkeit.
- Die positiven Auswirkungen der Migration auf das Herkunftsland können durch die Eröffnung von regulären Migrationswegen erhöht werden.
- Politische Strategien, die sich systematisch gegen die Interessen der Migranten/innen richten, können auch mit massiver Repression nicht nachhaltig umgesetzt werden.
- Entwicklungszusammenarbeit sollte die Autonomie von in Armut lebenden Menschen erhöhen. Autonomie bedeutet auch Mobilität. Migration ist daher ein Indikator für eine gelungene Entwicklung, nicht Ausdruck des Scheiterns.

Das Diskussionspapier steht online zur Verfügung (deutsch, Zusammenfassung auch in Französisch): [www.foraus.ch](http://www.foraus.ch)

Weitere Auskünfte zum Diskussionspapier (auch in Französisch):

Stefan Schlegel  
Leiter AG Migration  
Tel.: 079 393 65 16  
[stefan.schlegel@foraus.ch](mailto:stefan.schlegel@foraus.ch)

Vera Eichenauer  
Leiterin AG Entwicklung und Zusammenarbeit  
Tel.: 076 457 81 71  
[vera.eichenauer@foraus.ch](mailto:vera.eichenauer@foraus.ch)

Auskünfte über *foraus* – Forum Aussenpolitik  
Nicola Forster, Präsident  
Tel.: 079 299 51 81  
[nicola.forster@foraus.ch](mailto:nicola.forster@foraus.ch)